

# **16. Kinder- und Jugendbericht „Förderung demokratischer Bildung im Kindes- und Jugendalter“**

**Das Bundeskabinett hat am 11. November 2020 den 16. Kinder- und Jugendbericht verabschiedet.** Der Bericht wird in jeder Legislaturperiode dem Bundestag und dem Bundesrat vorgelegt. Er wird von einer Expertenkommission im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erstellt. Anschließend bezieht die Bundesregierung Stellung dazu.

**In diesem Jahr beschäftigte sich die Kommission mit der demokratischen Bildung im Kindes- und Jugendalter.** Diesem Thema kommt in dieser Zeit der politischen Umbrüche und Ungewissheiten eine große Bedeutung zu. Die Kommission stellt dar, wie politische Bildung sein sollte. Zudem gibt sie Empfehlungen, wie die politische Bildung im Kindes- und Jugendalter gestärkt werden könnte.

## **Die Kernaussagen des Berichts:**

- 1. Politische Bildung im Kindes- und Jugendalter braucht mehr Gewicht. Sie ist das Werkzeug der neuen Generation, mit dem sie wachsenden Herausforderungen begegnet.**

Die Demokratie wird durch tiefgreifende gesellschaftliche Entwicklungen herausgefordert. Megatrends wie Klimawandel, Migration oder Digitalisierung ändern das „gesellschaftspolitische Aufgabenportfolio für die heutige junge Generation“ radikal. Zudem nehmen die Aktivitäten zu, die der Demokratie mit Skepsis begegnen, sie unterhöheln oder sie sogar offen angreifen.

- 2. Politische Bildung ist nicht neutral. Sie soll für die demokratischen Prinzipien, die Menschenrechte und die Regeln des Grundgesetzes eintreten.**

Es ist das wichtigste Ziel politischer Bildung, jungen Menschen die demokratischen Werte zu vermitteln: Gleichheit, Pluralismus, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Minderheitenschutz. Sie sollen lernen, politisches Handeln kritisch zu beurteilen. Staatlich verantwortete politische Bildung sollte sich nicht parteipolitisch positionieren oder eine Weltanschauung als einzig wahre herausstellen. Politische Bildung ist deshalb aber nicht neutral. Denn sie tritt ein für

demokratische Prinzipien, die Menschenrechte und die Regeln des Grundgesetzes als Grundlagen des Zusammenlebens.

**3. Politische Bildung findet während der gesamten Kindheit und Jugend statt. Und sie ist nicht auf die Schule begrenzt.**

Junge Menschen erleben politische Bildung in verschiedenen Situationen und sozialen Räumen, von der frühen Kindheit bis ins junge Erwachsenenalter. Viele Akteure tragen Verantwortung für zeitgemäße und jugendgerechte Angebote: Die Familien und die Kindertagesbetreuung, Schulen, die berufliche Bildung und Hochschulen, die Kinder- und Jugendarbeit, die parteinahe Jugendbildung, Freiwilligendienste und in die Bundeswehr.

**4. Politische Bildung ist mehr als ein theoretischer Lernstoff. Sie soll jungen Menschen auch vermitteln, wie man demokratisch handelt.**

Politische Bildung soll nicht nur das Wissen über politische und gesellschaftliche Institutionen und ihre Funktionen vermitteln. Sie soll jungen Menschen die Möglichkeit geben, selbst politisch zu handeln und eigene Erfahrungen zu sammeln. Bildungsorte selbst sollten daher demokratische Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen und junge Menschen ermöglichen, ihre Lernprozesse mitzugestalten.

**5. Politische Bildung ist ein Recht aller jungen Menschen. Denn die Demokratie gehört allen.**

Das Recht junger Menschen auf politische Bildung lässt sich aus geltendem Recht ableiten. Es muss verbindlicher eingelöst und stärker verankert werden – z. B. durch eigene Kinderrechte im Grundgesetz oder durch die Verankerung politischer Bildung in den Landesverfassungen. Die Mündigkeit junger Menschen muss sowohl durch ein eigenes Unterrichtsfach als auch durch außerschulische politische Bildung gefördert werden. Zudem sollte politische Bildung vielfältige Angebote machen: Organisationen junger Menschen mit Migrationsbiografien, People of Color und postmigrantische Akteure sollten als Anbieter politischer Bildung stärker anerkannt und ausgebaut werden. Auch die barrierefreie Teilhabe junger Menschen mit Behinderungen und Beeinträchtigungen an politischer Bildung ist zu gewährleisten.

**6. Politische Bildung ist mehr als Extremismusprävention. Sie ist der Grundstein dafür, dass unsere Demokratie funktioniert.**

Politische Bildung ist keine „gesellschaftspolitische Feuerwehr“. Jede neue Generation muss die Demokratie und demokratisches Verhalten neu erlernen und

einüben. Der Auftrag der politischen Bildung darf nicht auf Extremismusprävention verkürzt werden. Es besteht ansonsten die Gefahr, dass zentrale Prinzipien politischer Bildung aufgegeben werden. Es braucht ergebnisoffene Angebote für alle jungen Menschen, die an ihren Fähigkeiten und nicht an ihren Defiziten ansetzen.

**7. Politische Bildung und Mitsprache gehören zusammen. Wissen muss auch umgesetzt werden können.**

Eine fundierte politische Bildung in Verbindung mit wirkungsvollen Beteiligungsmöglichkeiten trägt dazu bei, dass junge Menschen Freude an der Demokratie haben und an ihr teilhaben. Beteiligung überall dort, wo junge Menschen aufwachsen, ist ein zentrales und unverzichtbares Prinzip. Eine Absenkung des gesetzlichen Wahlalters auf allen Ebenen auf 16 Jahre sollte in Betracht gezogen werden.

**8. Politik funktioniert global. Politische Bildung darf nicht an nationalstaatlichen Grenzen enden.**

Politische Bildung wird zu häufig allein in nationalstaatlichen Kategorien gedacht. es sollten mehr transnationale Bildungserfahrungen ermöglicht werden. Das gilt insbesondere mit Blick auf Europa. Dabei gilt es, die Stärken und Vorteile der europäischen Einigung zu würdigen und die Herausforderungen kritisch zu diskutieren.

**9. Politische Bildung für junge Menschen ist Jugendpolitik.**

Politische Bildung muss die Rechte, aber auch die Lebenswelten und Interessen junger Menschen berücksichtigen – im öffentlichen Diskurs und in ihren eigenen Angeboten. Jugendbildung ist keine Erwachsenenbildung und muss fachlich eigenständig weiterentwickelt werden.

**10. Politische Bildung muss immer auch kritische Medienbildung sein.**

Politische Bildung und kritische Medienbildung gehören zusammen. Diese politische Medienbildung soll sich mit medial bedingten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen auseinandersetzen, veränderte Öffentlichkeiten durch neue Medienstrukturen reflektieren und Optionen der Selbstermächtigung eröffnen. Politische Medienbildung ist auch auf die Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Medien angewiesen; diese sollten ihre Angebote für Kinder und Jugendliche in Umfang und Qualität dringend weiterentwickeln.